

beteiligte Bauern und Hirten aus der Region handeln soll, seien ins Kabuler Zentralgefängnis Pul-e Tscharchi verbracht worden.

Nachdem die Taliban im Juni Yakaolang zum vierten Mal besetzten, scheinen sie dem wechselnden Kriegsglück in diesem Gebiet ein für alle Mal ein Ende bereitet zu haben. Nachdem ein Krankenhaus und das örtliche *Oxfam*-Büro bereits bei den Bombardements zerstört worden waren, seien nun auch 500 Läden im Bazar, Privathäuser und öffentliche Gebäude, darunter die schiitische Moschee, sowie humanitäre UN-Büros nieder gebrannt worden. Yakaolang hat damit aufgehört zu bestehen. Die zitierte Zeitung spricht von einer „Politik der verbrannten Erde“. Die Taliban zogen sich kurz danach zurück, um weiter westlich eine „leichter zu verteidigende Kampflinie“ zu errichten. Nach UN-Angaben

haben 60.000 Menschen die Region Yakaolang seit Jahresbeginn verlassen und verstärken das Heer der über 200.000 Binnenflüchtlinge in dem mittelasiatischen Land. Jedoch verweigern die Taliban-Behörden bisher internationalen Hilfsorganisationen, die Yakaolang-Flüchtlinge in Kabul und anderen Distrikten des Landes zu versorgen. Wie der *Dawn* weiter berichtet, seien zudem im Mai am Robatak-Paß, zwischen den afghanischen Nordprovinzen Baghlan und Samangan, 35 Angehörige der afghanischen Hazara-Minorität als so genannte Kriegsgefangene hingerichtet worden.

Bereits Mitte Januar hatten die Taliban in Yakaolang mehrere hundert der Zusammenarbeit oder Sympathie mit ihren Gegnern verdächtige Zivilisten systematisch zusammengetrieben und durch Sondereinsatzgruppen exekutiert. Die

US-Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* hatte 170 der Opfer namentlich dokumentiert. Schätzungen der Opferzahl, die sich auf nicht genannt werden wollende Quellen in der Region Yakaolang bezögen, lagen jedoch noch höher, zwischen 250 und 400 Toten. Die Taliban haben bisher alle unabhängigen Untersuchungen der Massaker abgelehnt. Auch dem Sonderberichterstatter der UN-Menschenrechtskommission für Afghanistan, dem Bangladeshi Kamal Hossein, verwehrten sie zweimal die Einreise. Nachdem er deshalb für seinen Report unter anderem auf Informationen der Taliban-Gegner zurückgreifen mußte, beschuldigten sie ihn sogar der Lüge und parteiisch zu sein. Dabei verwiesen sie auch darauf, daß Hossein, wie die Opfer der Massaker, zur islamischen Minderheitsströmung der Schiiten gehöre.

## Nicht für das Leben, für das Jenseits lernen wir

### Afghanistans Taliban islamisieren das Bildungswesen weiter

Jan Heller, Kabul

„**G**estern, als ich nach Hause kam, fand ich meinen Sohn, der in die vierte Klasse geht, weinend über seinen Hausaufgaben. Er ist ein guter Schüler, und normalerweise hat er nach dem Essen noch nicht den Löffel aus der Hand gelegt, da ist er schon bei seinen Schulsachen“, erzählt ein Kabuler Bekannter. „Aber so hatte ich ihn noch nie gesehen“. Der Junge war über das neue Unterrichtsfach verzweifelt, das die Taliban mit Beginn des neuen Schuljahres zu unserem Frühlingsanfang in den Grundschulen eingeführt haben: Arabisch. Für afghanische Viertklässler eine fast unüberwindliche Hürde, denn ihre Muttersprache ist meist Dari, ein lokale Variante des Persischen, oder Pashtu, und beides sind indoeuropäische Sprachen, die trotz des gemeinsamen Alphabets mit dem Arabischen näher mit dem Deutschen verwandt sind. Doch die Taliban bauen derzeit ihr Bildungssystem völlig

um, nach „islamischen Prinzipien“, wie sie sie verstehen. Erstes sichtbares Zeichen war die Verordnung, daß die Schüler ab Klasse drei nun mit Turban im Unterricht zu erscheinen hätten. In den ersten Tagen des neuen Schuljahres sah man auf den Straßen herumlungernde Schüler - wegen fehlender „islamischer Kopfbedeckung“ des Unterrichts verwiesen. Vielen Kabuler Familien fehlt schlicht das Geld, ihren oft sechs und mehr Kindern einen Turban zu kaufen. Ab Klasse vier ist ein schwarzer Turban vorgeschrieben, der inzwischen auch den Staatsangestellten verordnet wurde. Die jüngeren Schüler haben einen weißen Turban zu tragen. Auch an den Universitäten wurde Turbanzwang verordnet - Studenten wie Lehrern, die ja ebenfalls Staatsangestellte sind. Taliban kontrollieren an den Toren, ob sich auch alle daran halten. Wer sich nicht der Anordnung fügt, wird notiert und möglicherweise bestraft. Gerüchten zu Folge soll ein

dreimaliger Verstoß für einen Hinauswurf reichen. Medizinstudenten fragen sich, ob sie nun auch mit Turban operieren sollen. Schließlich wiesen sie Mitte Mai auch die Betreiber privater Bildungseinrichtungen an, in denen häufig Computer- und Englisch-Sprachkurse durchgeführt werden, alle Schüler des Unterrichts zu verweisen, die keinen schwarzen Turban tragen.

Einer der Betreiber bestätigte gegenüber *Reuters* den Erhalt eines solchen Schreibens der Taliban-Behörden. Mit dem neuen Schuljahr traten überall in den Grundschulen auch neue Lehrpläne in Kraft. Sport und Zeichnen - Abbilder lebender Objekte zu schaffen, wird als „unislamisch“ betrachtet, auch den meisten Sportarten steht das Islamische Emirat Afghanistan skeptisch gegenüber - fielen für alle Schüler völlig weg, nur durch eine leichte Erhöhung der Stundenzahl für Kalligraphie kompensiert. Auch Geographie und Geschichte stehen



vor der Klasse sieben nicht mehr im Stundenplan, und die siebte Klasse erreichen hier die wenigsten Kinder. Dafür gibt es nun Arabisch und eine erhöhte Stundenzahl in den zahlreichen religiösen Fächern. Selbst der muttersprachliche Unterricht - wie ein Blick ins Dari-Lehrbuch für die fünfte Klasse zeigt - strotzt von religiösen Inhalten, hat aber wenig mit afghanischem Alltagsleben zu tun. Mädchen sollen nach den Vorstellungen der Taliban nur noch drei Klassen in der Moscheeschule absolvieren. Dort findet man im Lesebuch auf der ersten Seite gleich folgenden Satz: „Taleb [das ist ein Name und gleichzeitig die Bezeichnung für die Mitglieder der gleichnamigen Bewegung] ist ein guter Schüler, er bringt den Afghanen das Wissen.“ Wie das für die „weibliche Klasse“ (*tabaqa-ye annas*) - wie es hier oft heißt - aussieht, bringt die Losung auf einem Blechschild knapp zum Ausdruck, das verbogen und verbeult an einer belebten Kabuler Kreuzung steht: „Die kluge Frau ist die Schönheit des Hauses und [kleide sich] einfach.“

Zuvor hatte eine Kommission des Ministerrats, der zwei der wichtigsten Hardliner im Kabinett - Justizminister Turabi und Bildungsminister Mutaqi - sowie der Vizechef des Geheimdienstes angehörten, alle von ausländischen Nichtregierungsorganisationen (NGO) geleiteten Schulen im Lande evaluiert. Als Exempel hatten sie sich ausgerechnet die „Afghanisch-Türkischen Gymnasien“ vorgenommen, die als relativ Talibanfreundlich galten. Das Resultat fiel nicht zur Zufriedenheit der Taliban aus. Es folgte der Beschluß, daß diese Schulen künftig dem offiziellen Lehrplan des Bildungsministeriums zu folgen hätten und die NGOs die Lehrer nicht mehr direkt bezahlen dürften. Damit wollen sich die Taliban nicht nur die ideologische Luft- hoheit im parallelen Bildungssystem sichern, wenn sie es schon nicht zerschlagen können, sondern auch den Zugriff auf dessen finanzielle Ressourcen.

Entstanden waren diese NGO-Schulen als inoffiziell geduldete Alternativen zum offiziellen, aber völlig danieder liegenden Bildungssystem. Das war spätestens zusammengebrochen, als die Taliban kurz nach ihrer Machtübernahme die weiblichen Lehrkräfte nach Hause schickten. Sie hatten nicht nur die dann geschlossenen Mädchenschulen am Laufen gehalten, sondern auch die für Jungen. 70 bis 80 Prozent aller afghanischen Lehrkräfte waren Frauen. Seither herrscht an vielen

Schulen völlige Verwahrlosung. Fehlte es schon vorher den meisten an jeglichem Unterrichtsmaterial, von Scheiben in den Fenstern und Schulbänken ganz zu schweigen, waren nun die männlichen Lehrer völlig überfordert. Viele von ihnen erschienen nur noch unregelmäßig, nicht zuletzt wegen ihres Monatsverdienstes von umgerechnet 15 Mark, von der keine Familie ernährt werden kann. So sahen sich viele von ihnen gezwungen, sich nach Zweitjobs umzusehen - und ihre Schüler ohne Aufsicht zu lassen.

Parallel wurde auf Beschluß des Taliban-Ministerrats auch an den Hochschulen des Landes der Anteil des Religionsunterrichts hoch gefahren. Das Wochenpensum im Fach „islamische Kultur“, das von den als Rechtsbeispielen betrachteten Überlieferungen des Propheten Muhammad (Hadith) und seinen vier Nachfolgern, der Kalifen, bis hin zum Wie des Gebets ein breites Spektrum umfaßt, wurde von vier auf 14 Stunden erhöht, berichten Studenten. Zusätzlich müssen sie viermal in der Woche morgens zwischen sieben und acht Uhr zu weiteren religiösen Belehrungen durch Mullahs antreten. Diese neuen Dozenten für „islamische Kultur“ werden zudem fast doppelt so hoch bezahlt wie der höchstrangige Professor im afghanischen Stufensystem. Die Neueinsteiger-Mullahs für den Morgenunterricht erhalten ein elffach höheres Gehalt als ein neuer Dozent in den sonstigen Fächern - und müssen wöchentlich nur drei Stunden Vorlesung halten. Im Juli verordneten die Taliban nun auch, daß sie die Hochschulabschlüsse ausländischer Universitäten nicht mehr anerkennen würden. Auch wenn das Dekret relativ vage gehalten ist, scheint es sich vor allem gegen (afghanische?) Universitäten im benachbarten Pakistan zu richten, an denen viele Exil-Afghanen studieren.

Den ideologischen Grund für die Neuerungen benannte Maulawi Abdul Kabir, Vizevorsitzender des Kabinetts, Ende April vor Studenten und Lehrkräften an der Kabuler Universität. „In der Vergangenheit wurden einigen Studenten an den Universitäten ausländische Theorien und Gedanken beigebracht, und das ebnete den Weg zum Unglück im Land“, sagte er mit Verweis auf die „kommunistische“ Periode zwischen 1978 und 1992. Er sprach von „ungläubigen Lektionen“ und machte dafür „Kommunisten“ und „Liberale“ gleichermaßen verantwortlich, und wies die Studenten „auf ihre Verantwortlichkeit hin, den Islam zu

studieren“. Sein Kollege für Administrative Angelegenheiten, Mulla Muhammad Hassan, monierte, daß er Studenten beobachtet habe die ihre ganze Energie in „weltliche“ Studien investieren würden. „Ich sagte mir, daß sie direkt in den Himmel eingehen würden, steckten sie nur halb so viel Interesse in islamische Studien.“

Schon lange haben die Taliban unliebsame Professoren aus vortalibanischer Zeit auf die Straße gesetzt. Allein im vergangenen Jahr traf es 60 Dozenten. Die Kabul-Universität ist ihnen ein Dorn im Auge, denn von hier gingen in den 50er und 60er Jahren die ersten Studentenbewegungen des Landes aus, die in linken - aber auch islamistischen - Gruppen mündeten. Bildungsminister Amir Khan Mutaqi, der eigentlich für die Universitäten überhaupt nicht zuständig ist, betreibt seine eigene Politik. Er hat eine islamische Paralleluniversität gegründet, die Jamaat-ul-Faruqia, die ausgerechnet in der früheren Akademie für Gesellschaftswissenschaften der führenden Partei der 80er Jahre untergebracht ist. Sie soll der traditionsreichen Universität Kabul mit ihren noch 7.000 Studenten an 14 Fakultäten, die wie alle Taliban-Einrichtungen von Mullahs meist ohne jegliche Fachkompetenz geleitet werden, und dem formal selbständigen Medical College das Wasser abgraben, munkt man dort. Auch die meisten Ressourcen des Hochschuletats würde an die neue Adresse umgeleitet. Europäische NGOs überlegen nun, ob im Grundschulbereich „die rote Linie überschritten“ sei und sie ihre Schulen schließen müßten. Aber noch haben sie Hoffnung. „Auf Provinzebene können wir immer noch verhandeln“, meint einer ihrer Kabuler Vertreter, „und die dort Verantwortlichen haben sogar beim Bildungsministerium protestiert.“

Ob da Hoffnung auf Erfolg besteht, muß bezweifelt werden. Die Taliban scheinen entschlossen, die afghanische Gesellschaft völlig nach ihren Vorstellungen umzumodeln. Und nur ein „islamisches“ Bildungssystem, das auswärtige Einflüsse abblockt, kann ihnen den notwendigen Nachschub an „Kadern“ liefern. Die junge afghanische Generation wird dies mit einer Kehrtwende in die Unwissenheit zu bezahlen haben.